Abend-Ausgabe. Nr. 330 Mittwoch, 15. Juli 1936

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 49,7 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 4: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 4 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Paris besteht auf der Brüsseler Konferenz

Ein Schritt des französischen Botschafters in London

Berlin, 15. Juli.

Der französische Botschafter in London ist von seiner Regierung beauftragt worden, beim Foreign Office vorstellig zu werden, um auf der Abhaltung der Brüsseler Konferenz auch ohne die Beteiligung Italiens zu bestehen.

Das britische Kabinett tritt am Mittwoch zu seiner wöchentlichen Sitzung zusammen. Es wird sich voraussichtlich mit der durch das deutsch-österreichische Abkommen geschaffenen Lage und mit der Frage der Locarnokonferenz befassen. Mit der gleichzeitigen Rückkehr des Außenministers Eden von seinem achttägigen Urlaub werden wichtige Besprechungen über den zukünftigen Verlauf der britischen Politik einsetzen.

In zuständigen politischen Kreisen nimmt mehr und mehr die Ansicht zu, daß der französische Vorschlag, die Locarnokonferenz auf Großbritannien, Frankreich und Belgien zu beschränken, von der britischen Regierung als zwecklos betrachtet wird, da man in London glaubt, daß Belgien ebenfalls dieser Ansicht ist, während man in Paris Belgien auf französischer Seite zu haben glaubt.

Der Mitarbeiter des „Daily Telegraph" meint, es seien keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die britische Regierung die Hoffnung aufgeben wolle, daß es noch möglich sein werde, mit Deutschland die umfassendsten Pläne für eine allgemeine europäische Befriedung zu erörtern. Das Kabinett sei seinerseits fest überzeugt, daß der Versuch gemacht werden müsse.

In Paris ist man sich vollauf bewußt, daß England wenig Neigung hat, unter den gegenwärtigen Umständen nach Brüssel zu gehen. Trotzdem rechnet man damit, daß die britische Regierung schließlich nachgeben werde, zumal Belgien — nach französischer Ansicht — den Pariser Standpunkt teile. Hinsichtlich des Ausgangs der Dreierbesprechungen geben sich die Blätter allerdings keinen allzu großen Hoffnungen hin. Frankreichs Drängen, die Konferenz trotz aller Schwierigkeiten abzuhalten, scheint vielmehr einem Prestigebedürfnis der Pariser Politik zu entspringen.

Neuer Streit um die Flugzeugkanone

Paris, 15. Juli.

Das „Echo de Paris" kündigt am Mittwoch an, daß der rechtsgerichtete Abgeordnete Henri de Kerillis seine Kammeranfrage über die Auslieferung der französischen Flugzeugkanone vom Typ 23 an Sowjetrußland wiederaufgreifen werde, um den Beweis zu führen, daß es sich nicht, wie der Luftfahrtminister gelegentlich der ersten Aussprache behauptet habe, um eine Erfindung eines schweizerischen Ingenieurs handele, der nach Gutdünken darüber verfügen könne.

4,5 prozentige Schatzanweisungen überzeichnet

Berlin, 15. Juli.

Das Interesse an den Reichsschatzanweisungen ist allgemein rege gewesen. Das Zeichnungsergebnis ist infolgedessen recht erfreulich. Der vom Reichsanleihekonsortium zur Zeichnung aufgelegte Betrag ist um einige Millionen überzeichnet worden. Die Zuteilung an die Zeichner erfolgt mit Rücksicht auf den in Ansehung des Gesamtbetrages unerheblichen Betrag der Ueberzeichnung im Interesse einer glatten Abwickelung in voller Höhe.

Flaggen heraus zu den Olympischen Spielen!

Berlin, 15. Juli.

Der Reichs- und preußische Minister des Innern und der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda geben für die Beflaggung der öffentlichen und privaten Gebäude aus Anlaß der 11. Olympischen Spiele folgendes bekannt:

Die öffentlichen Gebäude flaggen nach Maßgabe des Runderlasses des Reichs- und preußischen Ministers des Innern vom 15. Dezember 1935 (MBliV S. 1508) in der Reichshauptstadt vom 29. Juli, im übrigen Reich vom 1. August ab bis einschließlich 16. August. Empfangs- und Abschiedszwecken dienende öffentliche Gebäude und Einrichtungen können aus diesen Anlässen bereits vorher und über den 16. August hinaus beflaggt werden. Auf diesen Gebäuden und Einrichtungen können neben der Reichs- und Nationalflagge (Reichsdienstflagge) auch die olympische Flagge und die Flaggen der an den Olympischen Spielen teilnehmenden Nationen gesetzt werden. Bei letzteren ist die Flagge Griechenlands an erster Stelle zu setzen; es folgen die Flaggen der übrigen teilnehmenden Nationen nach der deutschen Abc-Folge, zuletzt Deutschland (als Gastgeber).

Die Bevölkerung wird aufgefordert, vom 20. Juli ab bis einschließlich den 20. August, mit der Reichs- und Nationalflagge zu flaggen. Es können auch die olympische Flagge und Flaggen der an den Olympischen Spielen teilnehmenden ausländischen Nationen gezeigt werden. Die Flaggen werden während der Nacht nicht eingezogen.

Oberst Lindbergh kommt nach Berlin

Berlin, 15. Juli.

Auf Einladung des Reichsministers der Luftfahrt Generaloberst Göring wird der amerikanische Ozeanflieger Oberst Lindbergh der deutschen Luftwaffe und Luftfahrt einen mehrtägigen Besuch abstatten.

Oberst Lindbergh beabsichtigt, am 22. Juli mit seinem Privatflugzeug auf dem Flugplatz Staaken einzutreffen. In der Zeit vom 23. bis 29. Juli sind folgende Besichtigungen vorgesehen: Berliner Zentralflughafen Tempelhof, Fliegergruppe Döberitz des Jagdgeschwaders Richthofen, Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof, Heinkel- und Junkerswerke sowie die sportfliegerischen Anlagen in der Umgebung Berlins. Selbstverständlich steht auf dem Programm Oberst Lindberghs auch ein Besuch des Olympischen Dorfes und des Reichssportfeldes.

Lehnich Präsident der Internationalen Filmkammer

Berlin, 15. Juli.

Durch den einstimmigen Beschluß des Exekutivkomitees der Internationalen Filmkammer wurde der Präsident der Reichsfilmkammer, Staatsminister a. D. Professor Dr. Oswald Lehnich zum Präsidenten der Internationalen Filmkammer gewählt.

Es ist zu erwarten, daß gelegentlich der im August in Venedig stattfindenden Biennale eine Arbeitstagung des Exekutivkomitees der Internationalen Filmkammer unter dem Vorsitz des neuen Präsidenten stattfindet, bei der Professor Dr. Lehnich über die nächstliegenden Aufgaben und Arbeiten der Internationalen Filmkammer sprechen wird.

Prag bewilligt Rüstungsanleihe für Rumänien

Zum Bau einer strategischen Bahn

Bukarest, 15. Juli.

Die rumänische Presse bringt am Mittwoch die Nachricht von der in Prag erfolgten Unterzeichnung eines Anleihevertrages zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei. Danach erhält Rumänien von der Tschechoslowakei einen Kredit von insgesamt 290 Millionen Tschechenkronen, der teils zur Bezahlung von Aufträgen an die tschechoslowakische Rüstungsindustrie, teils zur Deckung der Kosten eines strategischen Bahnbaues, der die kürzeste Verbindung zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei herstellen soll, verwendet werden wird.

Englands Rüstungsindustrie voll beschäftigt

London, 15. Juli.

Der Flottenkorrespondent des „Daily Telegraph" beschäftigt sich mit den Auswirkungen der britischen Flottenaufrüstung auf die Schiffahrts- und auf die verwandten Industrien. Der Beschäftigungsgrad dieser Industrien sei infolge der großen Schiffsaufträge gegenüber dem Vorjahr um 50 v. H. gestiegen, und bis zum Jahresende würden in sämtlichen Dockanlagen Großbritanniens Kriegsschiffe aller Gattungen vom Kanonenboot bis zum 38 000-Tonnen-Großkampfschiff gebaut werden.

Das Flottenbauprogramm 1935/36 umfaßt zwei Großkampfschiffe, 10 Kreuzer, 11 U-Boote, 34 Zerstörer und 12 Kanonenboote mit einer Gesamttonnage von annähernd 250 000. Im britischen Rüstungszentrum Sheffield sind Aufträge auf 300 Geschütze und 30 000 Tonnen Panzerplatten für die neuen Kriegsschiffe untergebracht worden. Eine weitere Belebung der britischen Schiffsbauindustrie wird der geplante Bau des 83 000-Tonnen-Schwesterschiffes für die „Queen Mary" bringen, während die „Cunard White Star Line" beabsichtigt, in den nächsten Jahren acht Luxusdampfer von 14 000 bis 30 000 Tonnen in Auftrag zu geben.

Die Leitung der Sowjet-Staatsbank abgesetzt

Moskau, 15. Juli.

Der Rat der Volkskommissare und der Hauptvollzugsausschuß der Sowjetunion veröffentlichen ein Dekret, durch das die gesamte oberste Leitung der Staatsbank der Sowjetunion abgesetzt wird. Der Vorsitzende der Staatsbankverwaltung, Marjasin, und seine zwei Stellvertreter, Arkus und Fatjanow, werden ihrer Aemter entsetzt und an ihrer Stelle Kruglikow zum Leiter der Staatsbank und Beresin und Swanidse zu seinen Stellvertretern ernannt. Gleichzeitig tritt Marjasin vom Posten des stellvertretenden Finanzkommissars zurück und an seine Stelle tritt der neue Staatsbankpräsident.

Diese Aenderungen in der Leitung der Staatsbank stehen offenbar mit der geplanten Verschärfung der Finanzkontrolle und der Reorganisation des Finanzkommissariats in Zusammenhang, dessen Tätigkeit in den letzten Wochen in der Sowjetpresse scharfkritisiert und dem die unrichtige und unplanmäßige Verwendung der Staatsgelder durch verschiedene Finanzbehörden und Wirtschaftsverbände zum Vorwurf gemacht werde.

Rekrutierung in England „etwas gebessert"

London, 15. Juli.

Nach einer Mitteilung des Kriegsministers Duff Cooper im Unterhaus hat sich die Rekrutierung für die Territorialarmee im vergangenen Monat etwas gebessert. Insgesamt wurden in diesem Monat 4890 neue Leute eingestellt, verglichen mit 2850 im Juni 1935. Duff Cooper fügte der Bekanntgabe der Ziffern hinzu, er sei dankbar, daß sich die Bevölkerung über die Lage klar zu werden beginne. Immerhin lieferten die Zahlen noch keinen Grund zur Beruhigung, da bei einer Weiterentwicklung der Rekrutierungseinstellung auf dieser Basis noch zwei Jahre benötigt würden, um die derzeitigen Lücken aufzufüllen. Es werde alles getan, um die Arbeitgeber zu bewegen, bei der Rekrutierung Beistand zu leisten.

Schöpferische Neuordnung des deutschen Gesamtraums

Reichsstatthalter Mutschmann vollzieht die Gründung der Landesplanungsgemeinschaft Sachsen

Dresden, 15. Juli.

Im Dienstgebäude des Reichsstatthalters vollzog sich heute ein bedeutungsvoller Akt: Die Gründung der Landesplanungsgemeinschaft, wozu der Reichsstatthalter die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Wehrmacht und aller an der Frage interessierten Körperschaften eingeladen hatte. Man sah u. a. die Staatsminister Dr. Fritsch, Kamps und Lenk sowie den Landesstellenleiter Salzmann.

Der frühere Landtagssaal war bis auf den letzten Platz gefüllt, als

Reichsstatthalter Mutschmann

Begrüßungsworte sprach, die sich insbesondere auch an die führenden Männer aus Wirtschaft und Wissenschaft, aus Partei und Verwaltung richteten und die künftig als Mitglieder der Landesplanungsgemeinschaft Sachsen ihre Mitarbeit zugesagt haben. Er fuhr dann fort:

Nach dem Erlaß des Führers und Reichskanzlers vom 28. Juni 1935 ist Aufgabe der Reichsstelle für Raumordnung die zusammenfassende übergeordnete Planung und Ordnung des deutschen Raumes für das gesamte Reichsgebiet. Im Rahmen der richtunggebenden Planung der Reichsstelle haben wir für den Raum Sachsen an der Aufgabe mitzuwirken, eine zweckvolle Gestaltung des deutschen Raumes zu sichern. Ich darf meiner besonderen Freude darüber Ausdruck geben, daß die Reichsstelle für Raumordnung in vorbildlicher Weise das Problem der zentralen Leitung ohne Ausschaltung der Provinzial- und Selbstverwaltung gelöst hat. Hier wird der Beweis geliefert, daß es möglich ist, eine Sache einheitlich zu führen, zugleich aber alle guten Kräfte in den einzelnen Gebieten des Reiches sich auswirken zu lassen, indem die Reichsstelle für Raumordnung lediglich richtunggebende Anweisungen erteilt, die spezielle Durchführung aber den Landesplanungsgemeinschaften überläßt. Dadurch ist von vornherein eine produktive und bestimmt auch erfolgreiche Arbeit gewährleistet.

Unser Planungsraum ist der Reichsstatthalterbezirk, das Land Sachsen, als ein einheitlicher Lebens- und Wirtschaftsraum.

In diesem Raum bin ich als Landesplanungsbehörde der Träger der Reichshoheit. In Uebereinstimmung mit Reichsminister Kerrl übernehme ich zugleich die Leitung der Landesplanungsgemeinschaft, die als Selbstverwaltungskörper Träger der Landesplanungsarbeiten sein wird. Die Richtung für mein Handeln weisen mir die Worte des Führers:

„Wenn auf der einen Seite Millionen von arbeitswilligen Menschen vorhanden sind und auf der anderen Seite Bodenschätze und Arbeitsmöglichkeiten, dann würde es traurig sein, wenn es einem eisernen Willen nicht gelänge, sich durchzusetzen. Es ist eine Frage der Organisation."

Das Industrieland Sachsen ist ein ganz besonderer Planungsraum, an Schwierigkeiten der Verhältnisse ist ihm wohl nur das Ruhrgebiet vergleichbar. Die Aufgabe, die hier voransteht, ist

Arbeitsbeschaffung und immer wieder Arbeitsbeschaffung.

An einer „Industrieverlagerung" aus Sachsen heraus haben wir kein Interesse. Wir erwarten von der Raumordnung des Dritten Reiches, daß sie die günstige Standortlage unseres Landes in jeder Weise berücksichtigen und der weiteren Entwicklung unserer Wirtschaft und Arbeit die Wege bahnen hilft.

Zuerst haben wir die organisatorische Grundlage unserer eigenen Arbeit in der Landesplanungsgemeinschaft zu schaffen. Mit Recht ist gesagt worden, daß die Raum-